Liebe Freunde, ich hoffe selbst auf eine Zeit, in der meine Mitarbeiter und ich

konfrontiert werden. Ich fürchte aber, dass dies noch einige Zeit anhalten wird. Insofern muss ich heute Einiges rund um die zum Teils bereits errichten, zum Teil noch in der Planung befindlichen LNG-Terminals berichten sowie zu einigen anderen Energiethemen. Aber natürlich werde ich auch auf den Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Union und andere bundespolitische Themen in diesem Newsletter eingehen. Auch diese und letzte Woche gab es darüber hinaus tolle Begegnungen und Gespräche: Klausurtagung der AG Petitionen,

weniger mit schlechten Nachrichten aus dem Energiebereich

unserer Praktikant Alexandros Kroner und viele mehr!

sehr gefreut, die beiden kennenzulernen.

den verschieden Rubriken. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Mehr hierzu und weiteren Themen finden Sie wie gewohnt in

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



vertritt hier in Berlin die Anliegen seiner Staatsbürger. Als begeisterter Skifahrer verbringe ich jedes Jahr einige Tage in unserem schönen Nachbarland und bin deshalb auch Mitglied in unserem Parlamentskreis Österreich im Bundestag. Ich habe mich daher



Mattfeldt wollte mir diese großartige Möglichkeit eröffnen und wurde mein "Patenabgeordneter". Mein Auslandsaufenthalt hat mein Interesse an Politik verstärkt und mich dazu bewegt, nun hier im Bundestag eine first-hand Experience erleben zu wollen.

Der erste Tag startete bereits super. Zuerst musste ich natürlich mein Outfit auswählen und entschied mich für einen Anzug. Schnell bemerkte ich, dass der Dresscode wesentlich lockerer als angenommen war; es ist nämlich überhaupt kein Problem, Snea-

ker und Jeans zu tragen. Als ich dann im Paul-Löbe-Haus, ein Bürogebäude direkt neben dem Reichstag, wo Andreas sein Büro hat, ankam und meinen Bundestagsausweis erhielt, fiel mir die freundschaftliche Stimmung im Team sofort auf. Es herrscht eine zwischenmenschlich lockere, aber dennoch arbeitseffektive Stimmung. Außerdem durfte ich Andreas kurz nach meiner Ankunft zu einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses begleiten. Die verschiedenen Fraktionen stellen Fragen an den Petenten und an die Vertreter der Regierung, um sich so eine Meinung bilden zu können und die Standpunkte erläutert zu bekommen. Später wird sich dann noch interfraktionell getroffen, um über viele verschiedene, beim Bundestag eingereichte Petitionen zu beraten. Im Laufe der Woche hat sich dann auch noch der gesamte Petitionsausschuss des Bundestages getroffen, in dem teils sehr lebhafte Debatten zwischen den Fraktionen entstehen und entschieden wird, wie nun mit der Petition verfahren werden soll.

In der Schule haben wir zurzeit sogar das Thema "Petitionen", aber live mitzuerleben, wie so ein Verfahren abläuft ist wesentlich informativer und interessanter. Die weiteren Tage verliefen ebenfalls sehr interessant, so war, neben den verschiedenen Arbeits-

gruppen und Ausschüssen, zu denen ich Andreas begleitete, die Tour durch die verschiedenen Gebäude ein weiteres Highlight. Man sieht auf den vielen, teils unterirdischen, Fluren viele Abgeordnete, die man nur aus dem Fernsehen kennt und kann die sehr interessante und auch historische Architektur des Reichstaggebäudes bestaunen. Alles in allem kann man sagen, dass es einfach mega interessant und bildend war, den Arbeitsalltag im Bundestagsbüro zu erleben und Andreas Mattfeldt zu verschiedenen Terminen zu begleiten. Das Wichtigste jedoch ist der Austausch mit den Menschen, weshalb ich allen Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern für die vielen Gespräche meinen Dank ausspreche. Außerdem bedanke mich ganz herzlich beim Team und bei Andreas für diese intensive Erfahrung und das Ermöglichen des Praktikums! **THEMEN** DER WOCHE

ist ein zentraler Bestandteil der Minderungspfade des Weltkli-Diese Woche haben wir im Haushaltsausschuss erneut zu den marates (IPPC). Ohne diese Technologie sei es nicht möglich, LNG-Plänen der Bundesregierung diskutiert und abgestimmt. unvermeidbare Restemissionen zu minimieren und das 2-Grad-Am 02. März 2023 hatte das Bundesministerium für Wirtschaft Ziel des Pariser Klimaübereinkommens zu erreichen. Hinzustelund Klimaschutz (BMWK) endlich einen LNG-Bericht vorgelegt, len zu wir unseren Antrag Offensive für CO2-Speicherung und den der Haushaltsausschuss bereits für den 15. Februar einge-

LNG-Importe: Von Fehlplanungen bis Überkapa- gen oder Dänemark ermöglicht werden. Das ist ein notwendi-

Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft Jahr und Förderungen und anderweitigen Importen einen durch LNG-Importe zu deckende Differenz von 22,9 m³ Gas/Jahr an. Bereits seit 2006 ist es im Rahmen des Übereinkommens über Aus den Zahlen – die ohnehin auf einem Worst-Case-Szenario die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen mit anhaltend hohem Gasbedarf basieren - lässt sich schnell

aus Steuermitteln teuer bezahlt werden. Der LNG-Bericht ist öffentlich über die Seite des BMWK abrufbar. Dort finden sich auch die gesamten Import-Planungen für den Zeitraum 2022-2030. Ein weiteres Thema sind die handwerklichen und kommunikativen Fehler des BMWK. Es sind fünf sogenannte FSRUs (Floating Storage and Regasification Unit) geplant. Dies sind Schiffe, die zur Regasifizierung des komprimierten LNG in das deutsche Pipeline-Netz dienen. Das BMWK hatte für das fünfte FSRU immer den Standort Lubmin genannt, womit viele den dortigen Industriehafen in Verbindung gebracht haben. Seit kurzem erst war dann bekannt geworden, dass der Standort jedoch etwa fünf Kilometer vor dem touristisch geprägten Rügen liegt. Insbesondere die Einwohner Rügens waren hierüber erbost, während die rot-rote Landesregierung unter Manuela Schwesig trotz intensiven Austauschs mit dem Ministerium angeblich von nichts von der tatsächlichen Lage gewusst haben will. Neben diesem "kommunikativen Missverständnis" hatte das BMWK den Haushaltsausschuss die Freigabe von mehr als drei Milliarden Euro für die LNG-Terminals gebeten – davon etwa 1,6 Milliarden Euro zusätzlich zu bisherigen Planungen. Die Begründung lässt einen allerdings fast Stuhl fallen: Es wurden immense Fehlkalkulationen vorgenommen. So wurden etwa Sozialversicherungsbeiträge, CO2-Zertifikate und Rückbaukosten nicht einberechnet. Gleichzeitig wurden mehrere Millionen Euro für Beratungsdienstleistungen bei den Planungen verausgabt. Entsprechend hatte ich einen Antrag in den Haushaltsausschuss eingebracht, der unterem anderem die Prüfung von Regressforderung gegen die Beratungsunternehmen vorsieht. Auch unter dem oppositionellen Druck gegenüber den massiven Fehler des Ministeriums sah sich aber auch die Ampel im

Haushaltsauschuss dazu genötigt, einen eigenen Antrag ein-

zubringen. Dieser sieht unterem anderem einen einstweiligen

Baustopp für das fünfte FSRU vor Rügen, die bessere Einbezie-

hung der Rügener in das Vorhaben sowie die Unterbindung des

fordert hatte. Allerdings fehlten in dem Bericht einige relevante

Informationen, die uns mittlerweile nachgereicht wurden. Das

BMWK plant derzeit den LNG-Import mit einem immensen Si-

cherheitspuffer, der ab 2027 30 Mrd. m³ Gas/Jahr betragen soll.

erkennen, dass wir deutlich mehr Kapazitäten haben als Be-

darf. Auch wenn hier Sicherheitsargumente eine wichtige Rol-

le spielen, werden wir die Planungen genau beobachten. Denn

diese Überkapazitäten müssen über den Haushalt und damit

zitäten

Biozid-Eintrags in die Nordsee durch das FSRU in Wilhelmshaven vor. Zudem sollen auch mögliche europäische Überkapazitäten beim Gas-Import durch das BMWK in die eigenen Kalkulationen eingebunden werden. Auch hier gilt wieder: Opposition wirkt Dauerthema: Energie und weitere Fehler In einem anderen Bereich haben Union, Bürger und Verbände gemeinsam ebenfalls Schlimmeres abwenden können: Das überhastete Heizungsverbot von Habeck wird in der Form vorerst nicht kommen. Gebäudeeigentümer aber auch Mieter können damit vorerst aufatmen. Ab April wird ein neuer Kabinettsentwurf vorgelegt, der bis zur Sommerpause im Juli verabschiedet werden soll. Man kann nur hoffen, dass Habeck sich die massive Kritik und die Existenzängste der Bevölkerung nun zu Herzen nimmt. Währenddessen soll möchte das Ministerium allerdings im Rahmen der Energiepreisbremsen ein bis zwei private Unternehmen zur Antragsprüfung einsetzen. Namen wie PwC stehen hier im Raum. Auch wenn diese Firmen sicherlich viel Expertise vorweisen können, befürchten viele Verbände und Unternehmen, dass derart mit hoheitlichen Aufgaben beliehene Dienstleister den Anforderungen im Bereich Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse und Unabhängigkeit nicht gerecht werden. Schließlich beraten diese Dienstleister gleichzeitig Unternehmen. Unter anderem, wie letztere besser an staatliche Unterstützungsleistungen ge-

langen.

giepreisen betroffene Unternehmen – vor allem mit kommunaler Beteiligung – aus den Preisbremsen. Wir werden diese handwerklichen Fehler weiter kritisch begleiten. Ich kann aber die Energiethemen heute mit einer erfreulichen Nachricht beenden: Das Ministerium hat es nach langer Zeit endlich geschafft, die Härtefallhilfen für private Haushalte mit leitungsungebundenen Energieträgern, wie z.B. Heizöl, Pellets und Flüssiggas, auf den Weg zu bringen. Wir haben die benötigten Mittel im Haushaltsauschuss am Mittwoch entsprechend zügig freigegeben. Sonnenpaket für Deutschland – Mehr Industrie, schnellerer Ausbau und höhere Akzeptanz durch **Beteiligung** Die Bundesregierung hat mit der Verabschiedung der EEG-No-

Generell werden wir das Thema Energiepreisbremsen weiter

genau beobachten: Die dabei enthaltenen sogenannten "Er-

lösabschöpfungen" von Energieunternehmen entziehen unter anderem regenerativen und kommunalen Energieerzeugern wichtige wirtschaftliche Mittel, was sich auch negativ auf die Energiewende auswirkt. Zudem fallen einige von hohen Ener-

aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Mit diesem Antrag legen wir Forderungen für ein Sonnenpaket mit Maßnahmen zum schnelleren Ausbau der Solarenergie vor. Dazu zählen Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage, wie z.B. vergünstigte KfW-Darlehen, Abbau von bürokratischen Hürden bei der Zertifizierung oder beim Mieterstrom sowie Verbesserungen bei Agri- und Freiflächen-PV. Aber auch Maßnahmen für eine Ansiedelung von Solarindustrie in Deutschland wurden aufgegriffen (z.B. bessere Forschungsförderung und generell ein

investitionsfreundliches Klima). Mit dem Antrag füllen wir als

CDU/CSU eine Lücke, die die Ampel nach Verabschiedung des

Offensive für CO2-Speicherung und -Nutzung

Bereits seit 2006 ist es im Rahmen des Übereinkommens über

die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen

von Abfällen und sonstigen Stoffen möglich, Kohlendioxidströ-

Osterpakets letztes Jahr im Sommer hinterlassen hat...

einleiten

velle im letzten Jahr die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren

Energien deutlich erhöht (Drucksache 20/1630). Danach soll

bis 2030 der Bruttostromverbrauch zu mindestens 80 Prozent

me in geeigneten Formationen des Meeresuntergrunds zu beseitigen. 2009 wurde durch eine neue Entschließung zum oben genannten Übereinkommen auch die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen zur Beseitigung ermöglicht, sofern die betroffenen Länder eine Übereinkunft eingegangen sind. Mit dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf sollen die nach internationalem Recht geltenden Vereinbarungen ratifiziert und so der Export von Kohlendioxid aus Deutschland nach beispielsweise Norwe-**WAHLKREIS** AKTUELL

seitigen. 2009 wurde durch eine neue Entschließung zum oben genannten Übereinkommen auch die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen zur Beseitigung ermöglicht, sofern die betroffenen Länder eine Übereinkunft eingegangen sind. Mit dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf sollen die nach internationalem Recht geltenden Vereinbarungen ratifiziert und so der Export von Kohlendioxid aus Deutschland nach beispielsweise Norwegen oder Dänemark ermöglicht werden. Das ist ein notwendiger Schritt, um die Carbon-Capture-and-Storage(CCS)-Technologie voranzubringen. Die CO2-Abscheidung und Speicherung ist ein zentraler Bestandteil der Minderungspfade des Weltklimarates (IPPC). Ohne diese Technologie sei es nicht möglich, unvermeidbare Restemissionen zu minimieren und das 2-Grad-Ziel des Pariser Klimaübereinkommens zu erreichen. Hinzustellen zu wir unseren Antrag Offensive für CO2-Speicherung und -Nutzung einleiten. Die Initiative stellt die aktuelle Situation

ger Schritt, um die Carbon-Capture-and-Storage(CCS)-Technologie voranzubringen. Die CO2-Abscheidung und Speicherung

-Nutzung einleiten. Die Initiative stellt die aktuelle Situation

für den Export von CO2 über Landesgrenzen hinweg dar. Der-

zeit ist eine Ausfuhr von Kohlendioxid zur unterirdischen Spei-

cherung im Hoheitsgebiet eines anderen Staates ohne weitere

von Abfällen und sonstigen Stoffen möglich, Kohlendioxidströ-

me in geeigneten Formationen des Meeresuntergrunds zu be-

sen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern." Die Realität sieht allerdings anders aus: 2022 wurden gerade einmal neun Gefährder zurückgeführt, während es im Jahr 2021 noch 22 Personen waren. Auch insgesamt zeigen die Abschiebezahlen unter der Ampelregierung das genaue Gegenteil einer Rückführungsoffensive und sind weiter rückläufig. Die aktuelle Situation unserer Kommunen im Hinblick auf gegenwärtig und absehbar fehlende Unterbringungskapazitäten lässt eine Durchsetzung von Ausreisepflichten umso dringlicher erscheinen. Mit unserem Antrag richten wir deshalb die folgenden wesentlichen Forderungen an die Bundesregierung: Die von der Ampel angekündigte Rückführungsoffensive muss umgehend auf den Weg gebracht werden; bei der Migrationszusammenarbeit müssen alle Kooperationsfelder einschließlich der Visavergabe, Entwick-

lungszusammenarbeit und Wirtschaftsbeziehung einbezogen

werden. Die Bundesregierung soll sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass pragmatische Lösungen für Rückführungen von ausreisepflichtigen Gefährdern und Straftätern nach Afghanis-

tan gefunden werden sowie die Länder bei der Schaffung von

Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlin-

ausreichenden Haftkapazitäten unterstützen.

gen und Asylbewerbern unterstützen

gelungen für den Bau von Unterkünften für Asylantragsteller festgelegt. Mit unserem Antrag fordern wir: Wir müssen jetzt die Verlängerung der Regelungen in § 246 BauGB beschließen, um Planungssicherheit für die Kommunen zu schaffen. Außerdem müssen die Sonderregelungen auch für den Bau von Kitas, Schulen und Obdachlosenheimen ausgeweitet werden, um zügigen Ausbau der überlasteten sozialen Infrastruktur zu ermöglichen.

men bearbeiten, die die Bürger beschäftigen. vielen Themen, mit denen wir uns befassen. nicht mit diesen Portalen zusammenarbeiten. Ich möchte an dieser Stelle gerne noch einmal offiziell darauf hinweisen, dass nur die Petitionen, die über das Portal des Bundestags einge-

reicht wurden, uns Abgeordnete auch wirklich erreichen.

Besonders gefreut hat mich, dass sich der Hausherr, Georg

Friedrich Prinz von Preußen, persönlich Zeit genommen hat,

um meine Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen. Auch die ört-

liche Wahlkreisabgeordnete, Annette Widmann-Mauz, war vor

Deutschland 244.000 Asylanträge gestellt. Die faktischen Aufnahmekapazitäten stoßen vielerorts an ihre Grenzen. Wir müs-

Wir haben deshalb als CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Landräte und Oberbürgermeister, die Präsidien der Kommunalen

Ort, um uns in ihrer Region zu begrüßen.

sen uns dieser Realität annehmen.

Spitzenverbände und viele weitere Bürgermeister und Kommunalpolitiker in den Deutschen Bundestag eingeladen. Wir möchten den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern zuhören und mit der Kommunalpolitik in einen offenen Austausch treten. Im Rahmen unseres Kommunalgipfels zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr in der Halle des Paul-Löbe-Hauses im Deutschen Bundestag werden Kommunalpolitiker am "offenen Mikrofon" von der Situation vor

Ort berichten. Anschließend werden wir in einer Podiumsdis-

kussion mit Vertretern der Spitzenverbände, der Bundes- und

Landespolitik konkrete Lösungsansätze diskutieren. Wir wollen

und gemeinsam gute Ideen entwickeln, wie der Bund die Kommunen bestmöglich in der aktuellen Situation unterstützen

Ich habe mich sehr gefreut, dass diesem überparteilichem Ange-

bot sowohl Sina-Marie Janke aus dem Gemeinderat Kirchlinteln

auch der Lilienthaler Bürgermeister Kim Fürwentsches gefolgt

sind. Ich habe beide natürlich herzlich in meinen Büroräumen

begrüßt.



Vereinbarungen nicht möglich. Mit unserem Antrag zielen wir Die gesamten Importkapazitäten werden ab 2027 mit 54 Mrd. darauf ab, die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen. m³ Gas/Jahr prognostiziert. Gleichzeitig nimmt das Ministerium für 2027 aus dem geschätzten Verbrauch 85,5 Mrd. m³ Gas/

für den Export von CO2 über Landesgrenzen hinweg dar. Derzeit ist eine Ausfuhr von Kohlendioxid zur unterirdischen Speicherung im Hoheitsgebiet eines anderen Staates ohne weitere Vereinbarungen nicht möglich. Mit unserem Antrag zielen wir darauf ab, die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen. Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen In ihrem Koalitionsvertrag schreiben SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP: "Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausrei-

Deutschland hat im Jahr 2022 über 1 Million Menschen aufgenommen, die aus der Ukraine vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind. Mehr als ein Drittel darunter waren Kinder und Jugendliche. Wenngleich die Solidarität allerorten groß ist, kommen Kommunen und staatliche Institutionen mittlerweile an die Grenzen der Kapazitäten für Unterbringung und soziale Infrastruktur. Um den schnellen Bau von Unterkünften zu ermöglichen, sind § 246 Baugesetzbuch bestimmte Sonderre-

ausschuss hat durch seine Verankerung in Artikel 17 unseres Grundgesetzes eine wichtige Funktion inne, die häufig unterschätzt wird. Die eingereichten Petitionen stellen für uns Abgeordnete häufig ein Stimmungsbarometer dar, da wir alle The-Mit unserer Arbeitsgruppe haben wir uns darüber ausgetauscht, welche Themen aktuell bei jedem Einzelnen brisant sind und wie wir uns als AG auch in der kommenden Zeit aufstellen werden. Besonders beschäftigt unseren Ausschuss aktuell beispielsweise die Schließung von Geburtshilfestationen infolge der Hochsetzung der Mindest-Fallzahlen oder die angemessene Versorgung von ME/CFS-Erkrankten. Natürlich sind dies nur zwei der Besonders hoch auf der Agenda stand auch der Umgang mit privaten Kampagnenportalen wie change.org oder open Petition. Diese Portale sind häufig politisch motiviert und die Herkunft ihrer finanziellen Unterstützer völlig unklar. Aus diesen Gründen kann der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags

Arbeitsreiche Tage auf der Burg Hohenzollern

Mit viel Arbeit im Gepäck ging es für meine Arbeitsgruppe Pe-

tition, in der ich der Vorsitzende bin, zu unserer Klausurtagung nach Hechingen auf die Burg Hohenzollern. Der Petitions-



Andreas Mattfeldt mit Kim Fürwentsches

Wir hören zu: Unser Kommunalgipfel zur Asyl-

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Um unserer

humanitären Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen ge-

recht zu werden, müssen wirksame Maßnahmen zur Steuerung

und Begrenzung von irregulärer Migration getroffen werden -

(Bürgermeister Lilienthal)

und Flüchtlingspolitik

- 28. März: BK Scholz empfängt den kenianischen Staatspräsidenten William Ruto,

tion mit BK Scholz (Produktionskapazitäten,

29./30. März: Energieministerkonferenz

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24

andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

28. März: Forschungsgipfel 2023 mit BK Scholz 29. März: Regierungsbefragung mit BK Scholz

Fachkräfte für Energiewende)

- 28. März: Großer Zapfenstreich für Christine Lambrecht 28. März: 3. Treffen der Allianz für Transforma-
- **TERMINE UND AUSBLICK IM BUND**

Finnland

• 30. März: König Charles III im Deutschen Bundestag 30. März: Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik mit BMin Faeser

licht Arbeitsmarktbericht März 2023

onsrate für März 2023 bekannt

30. März: Statistisches Bundesamt gibt Inflati-

31. März: Bundesagentur für Arbeit veröffent-

2. April: Parlamentswahlen in Bulgarien und

CDU